

## «Gib dem Volk eine Stimme»: In Liechtenstein wird das Referendum gegen die Corona-Politik ergriffen

Eine neue Partei namens «Mensch im Mittelpunkt» will das befristete 2-G-Gesetz abschaffen.

Günther Meier, Vaduz

20.07.2022, 05.30 Uhr

Impfgegner und Corona-Skeptiker sind in Liechtenstein in die Offensive gegangen. Sie haben das Referendum ergriffen gegen das 2-G-Gesetz, das das Parlament Ende Juni in einer Sondersitzung mit grosser Mehrheit beschlossen hat. Gelingt es den Gegnern, bis zum 1. August mindestens 1000 Unterschriften zu sammeln, wird das Stimmvolk im Herbst über das auf ein Jahr befristete Gesetz zu befinden haben. Das 2-G-Gesetz gibt der Regierung die Kompetenz, zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie den Zugang zu Einrichtungen, Betrieben und Veranstaltungen auf Personen zu beschränken, die einen Impf- oder Genesungsnachweis erbringen können.

Diese Präzisierung war notwendig geworden, nachdem der Staatsgerichtshof als oberstes Verfassungsgericht die 2-G-Regierungsverordnung als nicht konform mit Gesetz und Verfassung erklärt hatte. Der Einführung der 2-G-Zertifikats-Pflicht fehle die eigenstaatliche Gesetzesgrundlage. Die verfassungsrechtliche Beurteilung hatten impfkritische Kreise verlangt, die schon wegen der 3-G-Regelung an das Verfassungsgericht gelangt waren.

Der Staatsgerichtshof äusserte in seinem Urteil ein gewisses Verständnis dafür, dass die Regierung bei Massnahmen gegen die Pandemie vor schwierigen Entscheidungen stehe. Aber bei einschneidenden Anordnungen wie der 2-G-Zertifikats-Pflicht, die einen negativen Corona-Test nicht anerkenne, brauche es eine Gesetzesgrundlage. Der Hinweis auf das schweizerische Epidemiegesetz, an das Liechtenstein über den Zollanschlussvertrag gebunden sei, reiche nicht.

Mit der eiligen Verabschiedung des 2-G-Gesetzes haben Regierung und Parlament die vom Staatsgerichtshof auferlegten Aufgaben erledigt. Aber bereits im Parlament gab es Stimmen, die eine Volksabstimmung darüber verlangten.

Inzwischen hat eine neue politische Gruppierung das Referendum gegen das 2-G-Gesetz ergriffen. Mit dem Schlagwort «Gib dem Volk eine Stimme» versucht die Gruppierung, die nötigen Unterschriften für eine Volksabstimmung zu erhalten. Letztlich gehe es um die Ermächtigung der Regierung, eine Impfpflicht durch die Hintertüre einzuführen.

Die Gruppierung tritt unter dem Namen «Mensch im Mittelpunkt» auf, als neue Partei mit dem Kurznamen MiM verfolgt sie den «konsequenten Einsatz von basisdemokratischen Ansätzen und Werkzeugen». Die Liechtensteiner sollten ein freies, selbstbestimmtes Leben führen können, in dem staatliche Eingriffe in die Privatsphäre und das öffentliche Leben möglichst gering gehalten würden. Das Leitbild beschränkt sich nicht auf die Pandemie-Gesetzgebung, sondern umfasst Aussagen zu beinahe allen politischen Bereichen.

Sollte das Referendum zustande kommen, dürfte es vor der Volksabstimmung im Herbst zu kontroversen Auseinandersetzungen kommen. Zu den Gründern der neuen MiM-Partei zählen Gegner der Corona-Massnahmen, die sich im vergangenen Jahr jeden Montag zu einer Demonstration vor dem Regierungsgebäude in Vaduz versammelten. Auch im Parlament erhoben sich kritische und ablehnende Stimmen gegen das 2-G-Gesetz, das einer der Abgeordneten gar als «Überwachungssystem, vergleichbar mit China» bezeichnete. Andere fragten sich, ob zur Eindämmung der möglicherweise wieder aufflammenden Pandemie die 3-G-Regel nicht ausreichen würde.

Gesellschaftsminister Manuel Frick gab gegenüber diesen Vorschlägen zu bedenken, Liechtenstein dürfe sich kein Regelungsgefälle gegenüber der Schweiz erlauben. Der Sinn des 2-G-Gesetzes liegt gemäss seinen Ausführungen darin, gewappnet zu sein, wenn die Schweiz einschneidende Massnahmen erlasse. Ein Regelungsgefälle müsse vor allem deshalb verhindert werden, weil Liechtenstein im Notfall auf die Intensivpflegestationen in Schweizer Spitälern angewiesen sei.